



Stellungnahme zum Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsvorstands,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger und Vertreter der lokalen Medien,

...vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere. (J. P. Satre)..

Dieses Gefühl ergibt sich nach zwei Jahren Corona-Pandemie sicher für viele und es ist wohl die Gelassenheit eines Existentialisten erforderlich, wenn man damit gut leben will.

Die HH-Plan-Beratungen waren wohl nicht nur in unserer Fraktion in „dieser unserer Zeit“ beeinträchtigt durch die besonderen Umstände, die wir uns alle **so** nicht gewünscht haben. Was ist zum HH-2022 der Stadt Rheine in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit zu sagen?

Die Ausgangslage:

Die finanzielle Ausgangssituation der Stadt ist grundsätzlich gekennzeichnet durch ein nicht zu übersehendes Defizit der Erträge gegenüber den Aufwendungen, Tendenz von aktuell rund 2,5 Mio € für 2022 in 2023 rasant auf 9,227 Mio € steigend, ohne Aussicht auf Konsolidierung in den Folgejahren.
(-6,812 Mio € für 2024 / -7,4 Mio € für 2025).

Dass der Fehlbetrag für 2022 von 5,3 Mio € bei Einbringung des Haushaltsplanentwurfs auf die Hälfte geschrumpft ist, ist weitgehend dem Verschieben von Ausgaben geschuldet-dort steigt dann das Defizit gegenüber den Zahlen bei Einbringung des HH-Planentwurfs.

Den größten Posten der Aufwendungen bilden hierbei die sogenannten Transferaufwendungen mit mehr als 112 Mio €, also Übertragungen der Kommune an den öffentlichen oder privaten Bereich, denen kein Anspruch auf eine Gegenleistung gegenübersteht. Diese Aufwendungen werden nur zum Teil aus Erträgen und Zuwendungen von dritter Seite kompensiert, sodass eine Steigerung der Aufwendungen (von 2021 auf 2022 mehr als 10 %) auf Dauer zu einer immer stärkeren Belastung des kommunalen Haushalts führt. Die sich darin widerspiegelnde vielfache Verletzung des sogenannten Konnexitätsprinzips

(vereinfacht gesagt ist mit dem Konnexitätsprinzip gemeint, dass für die Übertragung von Aufgaben durch Dritte auch die entsprechenden Mittel durch diese Dritten für die Auftragsempfänger bereit gestellt werden müssten)

ist eine finanzielle Todesspirale für Kommunen, die ein hohes Ausgabenvolumen in den Bereichen Jugend, Schule, Bildung und Soziales zu

stemmen haben. Diese Bereiche sind zu einem erheblichen Teil durch Vorschriften und Rechtsnormen umzusetzen und damit für die Kommunen -um das böse Wort hier zu gebrauchen- **alternativlos**.

Angesichts dieser Ausgangslage stellt sich die Frage, wie man dieser verheerenden Entwicklung der zunehmenden Verschuldung und damit der Verlagerung immenser Lasten auf künftige Generationen gegensteuernd begegnen kann.

Werfen wir einen Blick auf den Investitionsplan für 2022 und die Folgejahre. Die größten Investitionsmaßnahmen sind im Bereich Schule getätigt und geplant. Und das ist gut so. Maßnahmen der Grundschuloffensive, Verbesserung der Qualität der Schulgebäude, die technische Ausstattung der Schulen und erhöhte hygienische Sicherheitsstandards wie die Ausstattung aller Schulen mit Raumluftfilteranlagen haben viel Geld gekostet, sind aber gut investiertes Geld in die Zukunft unserer Kinder und Enkel und damit in unser aller Zukunft. Wir haben damit -und auch das soll nicht unerwähnt bleiben- in großer politischer Einmütigkeit und insgesamt fairer Kooperation mit allen Beteiligten, die richtige Weichenstellung für die Fitness unserer Schulen und damit für Zukunftssicherheit unserer Kommune gefunden. Das werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen, wir hoffen, mit breiter Mehrheit!!! Dass all diese Investitionsmaßnahmen, „angereichert“ um die mehr als ambitionierten Pläne zur Instandhaltung und Erneuerung des Rathauszentrums den Haushalt der Stadt für das laufende, mehr noch für die kommenden Jahre erheblich belasten und nach den „fetten“ Jahren 2015-2020 zu einer extremen Schieflage führen und den Vermögensverzehr auf einen kaum erträglichen Höchstwert bis 2025 treiben, ist nur schwer zu ertragen. Das hat die Politik insgesamt, zumindest mehrheitlich erkannt. Die im Dezember im HDF beschlossene Verlangsamung durch Verschiebung von Investitionen in Höhe von rund 20 Millionen € ist in der Tat nicht in erster Linie dem Sparwillen entsprungen, sondern der Erkenntnis, dass die Umsetzung dieser Planung mit der vorhandenen Personaldecke nicht in dem gesetzten Zeitrahmen machbar ist. Sie bleibt eine reine Verschiebung und **schließt nicht** die Schere zwischen geplanten Ausgaben und zu erwartenden Einnahmen. Auch für dieses Problem gilt: **Aufgeschoben ist nicht aufgehoben**.

Das Jahr 2021 hat einige substantielle Ergebnisse aus politischen Beratungen und den daraus folgenden politischen Beschlüssen erbracht, die sich angesichts der allgemeinen Großwetterlage positiv bewerten lassen. Das beschlossene Wohnraumversorgungskonzept stellt eine handhabbare Zielvorgabe für zukünftiges Handeln in diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Bereich dar.

Auch wenn hier weitere Konkretisierungen erfolgen müssen, werden hier Handlungsmaximen formuliert, die sicher stellen können, dass bezahlbarer Wohnraum auch in Zukunft für alle Gruppen der Bevölkerung ein realistischer Baustein der Lebensplanung in einer attraktiven und lebenswerten Stadt sein wird.

Die Entwicklung neuer Baugebiete, in guten Ansätzen an den Erfordernissen der notwendigen Anpassung an den Klimawandel und des Klimaschutzes ausgerichtet, ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer lebens- und lebenswerten Stadt, die die Zeichen der Zeit erkannt hat und Verantwortung für ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder und Enkel zu übernehmen bereit ist. Dass auf diesem Weg nicht immer Einigkeit über das Tempo und die einzelnen Schritte besteht, liegt in der Natur der Sache. Insgesamt kann man der Stadt Rheine von außen betrachtet zumindest befriedigende, in Teilen auch gute Noten in ihrem Bemühen um Klimaschutz attestieren. Nachrichtlich sei noch angemerkt, dass der lange nur müselig beschrittene Weg der unbedingt notwendigen Digitalisierung in Schulen und Verwaltung im Jahre 2021 an Fahrt aufgenommen hat – hier hat Corona vielleicht sogar beschleunigende Wirkung gezeigt.

Abschließend erlaube ich mir noch eine Anmerkung, die mir als langjährigem Ratsmitglied hoffentlich nicht verübelt wird. Nach meiner Wahrnehmung hat sich das Klima und die Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen im vergangenen Jahr deutlich verbessert. Vielleicht liegt das daran, dass alle hier in diesem Rat im Verlauf des Jahres 2021 den Wahlkampfmodus des Vorjahres ausschalten konnten und sich zunehmend darauf besonnen haben, was unsere eigentliche Aufgabe ist: ... zum Wohle der Stadt Rheine und ihrer Menschen zu agieren...

Ich habe es selten in den vergangenen 27 Jahren erlebt, dass ursprünglich extrem kontrovers oder nicht hinreichend diskutierte Sachverhalte nach einem langen, oft mühsamen Prozess am Ende nicht durch eine vertraglich abgesicherte Mehrheit, sondern nach anstrengender Beratung einvernehmlich entschieden wurden.

Hierzu 2 Beispiele:

1. Die Beschaffung von Raumluftfiltern war im Dezember 2020 für alle hier Agierenden ein no Go, die UWG stand allein mit dieser Forderung. Viele konstruktive Gespräche, entscheidend war hier das Engagement verantwortungsvoller, engagierter Elternvertreter*innen -ich möchte meinen Dank an dieser Stelle dem leider viel zu früh verstorbenen Herrn Franz-Josef Kahlen aussprechen- viele Gespräche haben am Ende zu

einem einstimmigen Ratsbeschluss am 16. März 2021 geführt-**für** die Anschaffung von Raumluftfiltern an allen Schulen.

2. Der Ratsbeschluss zur Aufforstung des Schürkamps am 29. Juni 2021 war vorschnell und aus heutiger Sicht ein Fehler der damaligen Ratsmehrheit, zu der -das will ich gar nicht leugnen- auch die UWG Rheine gehörte. Die Beharrlichkeit der „Freunde Bentlages“, hier vor allem durch die Grünen vorangetrieben, hat dazu geführt, dass wir hier und heute -ebenfalls vermutlich einstimmig- diese Fehlentscheidung revidieren werden.

Diese an nur 2 Beispielen dokumentierte positive Entwicklung in der Beratungsfähigkeit und konstruktiven Bereitschaft zu Problemlösungen empfinde ich als hoffnungsvolles Signal für die kommenden Jahre. Dabei ist mir schon bewusst, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, aber für Optimisten ist es ein gutes Omen, wengleich hier sicher noch „Luft nach oben“ ist.

Trotz der skizzierten Einschränkungen und vorgetragenen Bedenken, stimmt die UWG Rheine dem Haushaltsplan und dem Stellenplan 2022 als insgesamt akzeptabler Arbeitsgrundlage für Rat und Verwaltung zu.

Abschließend möchte ich den Dank meiner Fraktion an den Kämmerer und sein Team aussprechen, Dank für die geleistete Arbeit, Dank für die Hilfe, die wir im Prozess der Haushaltsberatungen unter schwierigen Rahmenbedingungen erfahren haben.

Rheine, 18.01.2022



(Fraktionsvorsitzender)